

## REZENSION

## Internet und Staat

Murat Karaboga, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung  
ISI, Breslauer Straße 48, 76139 Karlsruhe (murat.karaboga@isi.fraunhofer.de)

<https://orcid.org/0000-0003-4459-5483>

Im vergangenen Jahr sind mehrere politikwissenschaftliche Sammelbände zur Netzpolitik bzw. zum nunmehr zunehmend häufig als Digitalpolitik bezeichneten Forschungsfeld erschienen, das die Untersuchung der Auswirkungen des Internets bzw. der Digitalisierung auf Politik und Gesellschaft zum Gegenstand hat. Der Mitte 2019 erschienene und von A. Busch et al. herausgegebene Band „Netzpolitik. Ein einführender Überblick“ etwa versammelt Beiträge mit einführendem Charakter, die mehrheitlich auf die inhaltliche Dimension der Politik (Policy) im Bereich hervorstechender netzpolitischer Themen fokussieren. Demgegenüber versammelt der Ende 2019 von J. Hofmann et al. herausgegebene Band „Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven“ Beiträge, die den Stand der politikwissenschaftlichen Forschung einer größeren Auswahl an Themen abbilden und in stärkerem Maße auch zur Theoriedebatte beitragen.

Von beiden Werken ist das im Rahmen dieser Rezension besprochene und ebenfalls Ende 2019 erschienene Sammelwerk „Internet und Staat. Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung“ abzugrenzen. Herausgegeben wurde es von I. Borucki, Post-Doc am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Duisburg-Essen sowie W. J. Schönemann, Juniorprofessor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik und Internet an der Universität Hildesheim. Im Mittelpunkt des Sammelbandes steht die Untersuchung des wechsellvollen Verhältnisses zwischen Internet und Staat. Explizit Bezug genommen wird also auf die in der Tradition von John Perry Barlow – und lange Zeit auch in den Sozialwissenschaften – vielfach geäußerte Vorstellung, das Internet sei ein staatsfernes Gebilde.

### Inhalte

Die Einleitung der Herausgeber/innen stellt klar, dass weder der Staat noch das Internet als einheitliches Gebilde anzusehen sind. So sei der Staat zwar durchaus Symbol einer Herrschaftsordnung, aber zugleich zerfalle er in eine Vielzahl von Rollen und Konstellationen und sei Gegenstand ständiger Kämpfe politischer und gesellschaftlicher Akteure. Das Internet als Netzwerk von Netzwerken spiegle wiederum die Komplexität all seiner techni-

schen Grundlagen wie auch seiner Anwendungen wider. Es folgt ein historischer Überblick des Netzpolitik-Diskurses entlang der einschlägigsten Monographien und Diskurs-Positionen. Als zentrales Element des Spannungsverhältnisses zwischen Internet und Staat wird die in der Frühzeit des Internets postulierte Staatsferne des Mediums und die Rückkehr des Staates in dessen Regulierung ausgemacht. Dabei schwankt die eigene Bewertung der Herausgeber/innen: Während dem Staat einerseits attestiert wird, dass dieser in jüngerer Zeit im Hinblick auf die unterschiedlichen Policy-Issues des Themenkomplexes zunehmend zurück in das Blickfeld träte (S. 19 f.), wird an anderer Stelle die Entwicklung von Staat und staatlicher Regulierung im Zeitalter der Digitalisierung offengelassen (S. 12).

Der erste Teil des Bandes fokussiert auf theoretische Perspektiven. Der Beitrag von C. Ritzi und A. Zierold betrachtet die Herausforderungen, denen sich Souveränität im Digitalzeitalter gegenübersteht. Auf instruktive Weise wird dabei unterschieden zwischen der demokratischen Souveränitäts herausforderung, also der angesichts von Digitalisierung in Kleinstteile zerfallenden politischen Öffentlichkeit, und der politischen Souveränitäts herausforderung, also den Herausforderungen, denen sich Staaten bzw. das Regieren aufgrund der Digitalisierung gegenübersehen. Die Autorinnen resümieren, dass vor allem das Zusammendenken beider Herausforderungen eine vielversprechende Vorgehensweise sei, ohne das Feld den Anhängern technokratischer Governance zu überlassen. Einen stärker überblicksartigen Blick auf die Herausforderungen zwischen digitaler Vernetzung und Souveränität bietet der Beitrag von J. Pohle und T. Thiel, indem er die wesentlichen Diskurslinien und insbesondere Diskurswandlungen auf gelungene Weise nachzeichnet.

Hilfreich ist der Verweis auf ein eigentlich altes, aber in den letzten Jahren zunehmend häufiger vertretenes Argument, wonach „souveräne Staatsorganisation nicht eine Krücke sei, um kollektive Selbstbestimmung überhaupt zu ermöglichen, sondern vielmehr der adäquate und beste Ausdruck der Demokratie.“ (S. 71) In der Folge identifizieren Pohle und Thiel in der Konsolidierung von Souveränität auch eine Hoffnung auf Demokratisierung. P. Helm und S. Seubert knüpfen in ihrem Beitrag schließlich an die jüngsten Entwicklungen des theoretischen Datenschutz- bzw. Privatheitsdiskurses an und erweitern diesen um sinnvolle Einsichten. Unter Rückgriff auf das Konzept der normativen Paradoxien von Honneth und Sutterlüty argumentieren die Autorinnen, dass es gerade die vorherrschenden normativen Leitbilder (in Form einer liberal-individualistisch verstandenen Privatheit, die insbesondere auf die individuelle Einwilligung bzw. Ermächtigung setzt) und sozioökonomischen Machtverhältnisse (in Form des digitalen Kapitalismus) seien, die Schutzregime für Privatheit ins Leere laufen lassen. Sie resümieren, dass ein Verständnis, das nicht allein auf die individuelle Dimension fokussiert, sondern Privatheitsschutz zugleich als kollektive (also auch staatliche) Aufgabe versteht, ein vielversprechenderer Ansatz sei.

Der zweite Teil des Bandes fokussiert auf Institutionen, Organisationen und politische Akteure. Der deskriptive Beitrag

von N. Kersting führt in den umfassenden Forschungsdiskurs zur E-Governance und Online-Partizipation ein. Die schon in vorherigen Beiträgen thematisierte Diskrepanz zwischen der Inanspruchnahme des Individuums und den praktischen Grenzen dieser Individualisierung wird auch im Beitrag K. Gerls anschaulich diskutiert. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive zeichnet schließlich der Beitrag von J. N. Kocks die Herausforderungen nach, denen sich die Regierungs- und Parteienkommunikation angesichts des umfassenden technologisch induzierten Medienwandels der vergangenen Jahrzehnte gegenüber sieht.

Der näheren Betrachtung des Verhältnisses zwischen Internet und Staat in einzelnen Praxis- und Politikfeldern widmet sich schließlich der dritte Teil des Bandes. Schönemann eröffnet

internationale machtpolitische Dimension: Die zentrale Rolle von Protokollen ermögliche eine Kontrolle des Netzes, die nicht an den Staatsgrenzen haltmache, sondern sich insbesondere mittels Digital-Plattformen über Staatsgrenzen hinweg erstreckt.

### Fazit

Herauszuheben ist, dass sich alle Beiträge eingehend auf das titelgebende Thema beziehen. Diese Qualität verdankt der Sammelband sicherlich auch der Durchführung eines Autor/innen-Workshops – ein Modell, das sich auch andere Sammelbände zum Vorbild nehmen könnten. In erfrischender Weise gelingt es den Autorinnen und Autoren somit, den Markt der politikwissenschaftlichen Sammelbände zur Digitalpolitik durch die Fokussierung auf das Verhältnis zwischen Staat und Internet

## *Normative Leitbilder und sozioökonomische Machtverhältnisse lassen Schutzregime für Privatheit ins Leere laufen.*

net mit einer empirischen und wissenssoziologisch fundierten genealogischen Analyse des Vorhandenseins von länderspezifischen Top-Level-Domains als Anomalie in der Anomalie. Gemeint ist die widersprüchliche Grundanlage des frühen Internets als weltweites offenes Netz bei ebenso frühzeitig angelegter Ziehung künstlicher Grenzen durch nationale Domain-Endungen (.us, .uk, .de usw.). Schönemann stellt fest, dass der Grund für die Anomalie nicht in der Wirkung einer äußeren Kraft zu finden ist, sondern in den Designentscheidungen der Entwickler/innen, die „in gewisser Selbstverständlichkeit [Stichwort: strukturaler Nationalismus, M. K.] eine Residualkategorie für die Registrierung von TLDs durch Staaten geschaffen haben“ (S. 184). A. Busch zeigt in seinem Beitrag die regulatorischen Herausforderungen auf, denen sich der Staat im Zuge der Wandlung des Internets zum „Jedermannsinstrument“ (S. 191) gegenüber sieht. Anhand einer kurzen Diskussion des Zugangerschwerungsgesetzes von 2010 und des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes von 2017 wird argumentiert, dass der Staat noch immer mit der Aufgabe der Regulierung im Digitalzeitalter überfordert sei. Folglich müsse der Staat sich nicht selbst um alles kümmern. Bessere Regulierungsergebnisse seien hingegen insbesondere durch staatliche Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren zu erwarten, weshalb der Staat sich in dieser Hinsicht experimentierfreudiger zeigen müsse.

Einen instruktiven Beitrag zur Rolle des Staates beim Thema Cybersicherheit legen M. Dunn Cavely und F. J. Egloff vor. Ausgehend von einer Kritik an der theoretischen Rückständigkeit insbesondere der deutschen Politikwissenschaft beim Thema der Cybersicherheit schlagen Autorin und Autor zur besseren Einordnung der politischen Auseinandersetzungen die Unterteilung der verschiedenen Staatsfunktionen in drei Spannungsfelder sowie sechs unterschiedliche Rollen vor. Der abschließende Beitrag von M. Warnke ergänzt die Debatte um eine erfreuliche

zu ergänzen. Wer auf der Suche nach einer konzisen Publikation ist, die auf etwa 250 sehr kurzweilig zu lesenden Seiten erfolgreich die Argumentation verfolgt, weshalb das Internet kein wirklich staatsfernes Gebilde ist, dem bzw. der sei dieses Werk hiermit empfohlen. Wer allerdings der Vorstellung, das Internet sei eine eigene staatsferne Domäne, ohnehin noch nie etwas abgewinnen konnte, wird sich vielleicht über die (späten) Einsichten in den einzelnen Kapiteln freuen, aber nicht viel Neues vorfinden.



Borucki, Isabelle; Schönemann, Wolf (Hg.) (2019):

**Internet und Staat. Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung.**

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 248 S., 39,90 €, ISBN 9783848747627